

Verantwortlicher Redakteur: Dr. A. Dörmig, Postfach 2, Chemnitz, Erzgebirgische Zeitung, Druckerei, Chemnitz, Nr. 2.

Abgabe: Durch unsere Agenten für die ganze Provinz monatlich 4.00 Mk. Bei der Geschäftsstelle monatlich 4.00 Mk. ...

Abgabe: Die Abgabepreise für die Provinz Sachsen, Preußen, Thüringen, Baden-Württemberg, Bayern, Österreich-Ungarn, ...

Das Wichtigste vom Tage.

In Karlsruhe fand eine allgemeine technische Tagung der Reichseisenbahnen statt, welche die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen bezweckt.

Für die Versorgung der Bergarbeiter mit Kohlen sind infolge des Abkommens von Spa vier 22 Millionen aufwendet worden. Weitere Zehnteln im Werte von 30½ Millionen Markt sollen angekauft werden.

In der gestrigen Kommissionsitzung ist die Zustimmung der Tschechoslowakei für die Aufnahme Österreichs in den Völkerbund ausgesprochen worden. Österreichs Zulassung kann als gesichert gelten.

Wie berichtet, werden in Dublin zur Interaktion der Mitglieder des irischen republikanischen Partei Kongresskonzentrationslager gebildet.

Die Gefahr für das Ruhrgebiet abgewendet?

Aus Aachen wird der Inhalt des Gesprächs eines Pressevertreters mit einem einflussreichen belgischen Senator berichtet, der zunächst, was für die Defensibilität von geringerem Interesse ist, die volle Schale seines Hohnes über die deutschen Sozialisierungspläne ausgoß. Dann aber kam er auf andere Dinge und erklärte wörtlich: Kein Eingeweihter in Brüssel oder Paris rechnet mehr mit der Befreiung des Ruhrgebiets, denn gerade in den letzten Tagen hat sich der Widerstand Italiens und Englands gegen diesen Plan geäußert. — Das die Belgier dies sehr bedauern, ließ der Senator durchblicken, und sch, daß England für das Geschäft vielleicht zu haben gewesen wäre, wenn man es geschickt daran interessiert hätte. Offenbar aber können die Franzosen den Engländern nicht die Kompensation einer Befreiung in der Ostsee und wollen Alleinherrscher auf dem Kontinent bleiben.

Das Rede Regens auf dem internationalen Gewerkschaftskongress.

Die Westminster Gazette bezeichnet die auf dem internationalen Gewerkschaftskongress in London gehalten Rede des deutschen Gewerkschaftsführers Regens als die bisher bedeutungsvollste. Regens erklärte dem Wort zu Folge, die Bergarbeiter des Ruhrgebiets hätten die Ablieferung von monatlich zwei Millionen Tonnen Kohle an die Alliierten nur dadurch erzwungen, daß sie bei mangelnder Ernährung auf Kosten ihrer Gesundheit Ueberstunden machten. Der Redner protestierte gegen einige der Beschlüsse der Internationalen Kommission, die, wie er sagte, dem Geiste des Friedensvertrages widersprächen und von dem Wunsch befreit seien, das deutsche Volk zu vernichten. Regens erklärte, die Verechtigung der Forderung der alliierten Kommission nach Vernichtung von Maschinen, die angeblich für Kriegszwecke gebraucht werden könnten, würde von den deutschen Arbeitern nicht anerkannt, sondern die Forderung würde dahin ausgelegt, daß ihr Ziel die Zerstörung der deutschen Industrie und die dauernde Sklaverei des deutschen Arbeiters sei. Die Volksgesundheit in Deutschland habe sehr gelitten. Jetzt solle Deutschland 800 000 Weibchen abliefern, was einen Verlust von täglich 6 Millionen Stämmen Weibchen bedeute, und auf die Gesundheit der deutschen Kinder schädigend einwirken würde. Wenn diese Methoden fortbauerten, wie könne man dann erwarten, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nachkomme? Regens erklärte: Wir bitten nicht um Mitleid. Wir möchten jedoch an Euch appellieren und Euch sagen, daß dies Euren elassen Interessen zuzuwenden ist. Wir haben keinen Streit mit den Arbeitern der anderen Länder. Alle unsere Anliegen sind gegen ihre Regierungen gerichtet. Das Ziel des Krieges war, so wird oft erklärt, die Vernichtung des preussischen Militarismus. Ich verleihere Euch, der preussische Militarismus ist zerstört. In anderen Ländern ist der Militarismus jedoch sehr groß geworden. Wenn es eine Lüge im Kriege gesagt wurde, so war es die, daß der Krieg nur die Vernichtung des Militarismus zum Ziel hatte.

Die Verordnung des Reichspräsidenten.

In der gestrigen Sitzung des Reichstages wurde nach Erledigung kleiner Anfragen die Abstimmung über die der Interpellation über den Elektrizitätsstreik Angebrachten Anträge vorgenommen. Es lag ein Antrag der Mehrheitssozialisten vor, die Verordnung des Reichspräsidenten vom 11. November unter Billigung ihrer Erlassung aufzuheben. Dazu ein Zusatzantrag der Deutschnationalen, die Verordnung aufrecht zu erhalten und ein Gesetz zu erlassen, das das Schlichtungsverfahren regelt. Der Zusatzantrag geht über den Zweck abgestimmt wurde, weil gegen die Stimmen der

Deutschnationalen. Auch der Antrag der Mehrheitssozialisten wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Es lag ein zweiter Antrag vor von den Rechtsunabhängigen, der die Aufhebung der Ausnahmeverordnung ohne jeden Zusatz forderte, dazu ein Zusatzantrag der Demokraten, daß die Aufhebung der Verordnung erst erfolgen soll nach einer gesetzlichen Regelung des Schlichtungsverfahrens. Es wurde wieder zuerst über den Zusatzantrag der Sozialisten abgestimmt, der mit den Stimmen der Sozialistischen Parteien angenommen wurde. Darauf erklärte Hg. Maibaum, daß er seinen Antrag zurückziehe. Damit wäre aber auch der Zusatzantrag der Sozialisten hinfällig geworden. Infolgedessen nahm Hg. Schäffer unter Beifall des Hauses den Antrag Maibaums wieder auf. Bei der Abstimmung erhoben sich die Demokraten und das Zentrum geschlossen, während die Deutsche Volkspartei nach einigem Zögern sich ebenfalls erhob. Bei den Deutschnationalen bestanden Zweifel, einige erhoben sich von ihren Plätzen, andere blieben sitzen. Die sozialistischen Parteien stimmten alle gegen den Antrag. Da sich Zweifel über die Mehrheitsverhältnisse ergaben, wurde Stimmzählung angeordnet. Der Antrag wurde mit 174 gegen 148 Stimmen angenommen. Es folgte sodann die Weiterberatung des Haushaltes des Reichswirtschaftsministeriums.

Entgegenkommen der Reichsregierung gegenüber Bayern?

Die Münchener Neuesten Nachrichten weisen in einer Berliner Meldung die vielfach übertriebenen Darstellungen über das Ergebnis der Besprechungen des Herrn von Kahr zurück und betonen, daß bindende Zusagen durch die Vertreter der Entente keineswegs gemacht worden sind. Die Reichsregierung werde allerdings versuchen, eine Berücksichtigung der besonderen bayerischen Wünsche im Rahmen der Reichsinteressen bei der Pariser Vorkonferenz durchzusetzen. Das sei eine umso schwerere Arbeit, als trotz der päpstlichen Erklärung der aus dem Spa-Abkommen und auferlegten Verpflichtungen wieder starke Spannungen bestehen, einmal im Hinblick auf die oberösterreichische Frage, dann aber auch, weil die Entente durch die Behandlung der Klagen über die Vorgänge im besetzten Gebiet anlässlich der Reichstagsverhandlungen über die Rheinland-Interpellation verstimmt ist. Dr. von Kahr hat gestern dem Ministerpräsidenten Mitteilung über die Ergebnisse seiner Berliner Besprechungen gemacht. Die Aufnahme, die Herr von Kahr in Berlin mit seinen Vorlesungen beim englischen Botschafter gefunden hat, war von großem Interesse für die Einwohnerfrage getragen und die Aussprache in Frage und Antwort gestaltete sich sehr lebhaft und eingehend. Der Vertreter Frankreichs dagegen habe sich zurückhaltend und durchaus formell gezeigt. Nach Mitteilung des deutschen Botschafters in Paris Dr. Maher, der dieser Tage in Berlin weilte, sei in Ententekreisen das Verständnis für die besonderen Verhältnisse, die in der Entwaffnungsfrage für Bayern ein Entgegenkommen nach Zeit und Art verlangen, gewachsen. Bezüglich der Zeit und Art der Entwaffnung sei das Einverständnis zwischen der bayerischen und Reichsregierung durchaus klargestellt worden. In diesem Sinne dürfe wohl auch demnächst die Note des Generals Nollet beantwortet werden.

Die Enteignung der Hohenzollern abgelehnt.

Die preussische Landesversammlung setzte gestern nach Annahme der Verfassung die Beratung des sozialdemokratischen Antrages über das Vermögen der Hohenzollern fort. Der Deutschnationale Kaufmann wandte sich wiederholt, durch große Unruhe der Sozialdemokraten unterbrochen, gegen die Begründung Heilmanns. Als Kaufmann sagte, es war für uns ein geradezu klägliches Bild, zu sehen, wie der Finanzminister Lademann, ich nenne ihn, denn die jungen Herren, die an seiner Stelle auftreten und sprechen, waren nur seine Bevollmächtigten. Hier austrat erdichten von den Vätern der sozialdemokratischen Parteien Putzrafe und die Kaiser: Runter! Ein Mitglied der äußersten Linken warf nach dem Redner mit zusammengeballtem Papier, ein anderer ließ schillernde Witzze vernehmen. Vizepräsident Frenkel, dem es nicht gelang, sich verständlich zu machen, verließ schließlich den Saal, die Verhandlungen waren also abgebrochen. Nach ungefähr 10 Minuten erschien Vizepräsident Frenkel wieder und verlas aus dem unvollständigen Stenogramm den Wortlaut der Verhandlungen, welche von Sturm auf der linken Seite erregt hatten. Davin liege weder eine Beleidigung der Herren der Linken noch des Finanzministers Lademann. Das Werfen von Papieren verleihe aber die Würde des Hauses. Der Antrag wurde schließlich gegen die Stimmen der Mehrheitssozialisten und der beiden unabhängigen Parteien abgelehnt. Ein Ebenfallsantrag Heilmann, die Staatsregierung aufzufordern, ihre Vorlage vom 28. Januar 1920 zurückzuziehen, und in neue Verhandlungen mit Vertretern des Hauses Hohenzollern einzutreten, wurde dem Rechtsausschuß überwiesen.

Sinnfein in London!

Irlands Kampf auf englischem Boden.

Als die ersten Nachrichten über die Brandanschläge der Sinnfeiner auf englischem Boden durchfickerten — es herrschte ja in England immer noch so etwas wie Kriegszensur —, sprach die Ententepresse von Schauererzählungen und leeren Gerüchten. Nun stellt sich heraus, daß der tollkühne Zensur, der durch seine schlagartige von Dokumenten in Dublin entdeckt wurde, zur Tatfache wird. Der Sinnfeinerangriff kam in Liverpool zum Ausbruch. Ein halbes Dutzend Lagerhäuser ging in Flammen auf. In Manchester soll das Elektrizitätswerk zerstört werden. In London soll das Amtsgebäude Lloyd Georges in Downingstreet bombardiert werden. Allen englischen Ministern ist der Tod angedroht. Es handelt sich um die ernsteste und umfangreichste Handlung des Sinnfein-Terrorismus, seitdem Mac Swiney, der Bürgermeister von Cork, den freiwilligen Hungertod im Gefängnis zu bringen ward. Die rein politische Lage in Irland, die sich von jeder parlamentarischen Austragungsmöglichkeit entfernt hat, wurde dadurch besonders verschlimmert, daß die neue Home Rule Bill Lloyd Georges, die für Irland zwei Parlamente, in Dublin und Belfast, vorseht, ein noch größerer Fehlschlag ist, als die frühere, die an dem Widerstand der von Sir Edward Carson geführten Ulsterleute scheiterte. Diesmal geht, wie bekannt, der Hauptwiderstand von der Gegenseite, der zu einer mächtigen Organisation gewordenen Sinnfeiner-Partei aus, die ganz an die Stelle der ehemaligen Nationalistenpartei John Redmonds getreten ist. Die unzureichenden gesetzgeberischen Versuche der Regierung haben fast die ganze britische Bevölkerung Irlands in das Lager dieser Partei gebracht, die von keinem Kompromiß mehr etwas wissen, sondern die Auflösung der Union, die selbständige irische Republik verwirklicht sehen will. Diese Sinnfeiner haben diese Republik auch de facto schon konstituiert und ihren Führer De Valera, der seit Monaten in Amerika agitatorisch tätig ist, zu ihrem Präsidenten gewählt. Sein Stellvertreter in Irland selbst ist Arthur Griffith, der Urhahn von den Engländern verhaftet wurde. Die republikanische Partei, die über eine gute Bewaffnung verfügt (man erinnere sich der von Minister Simon in Spa gemachten Anspielungen), fährt, gereizt durch die von Dublin Castle, dem englischen Regierungssitz ausgehenden Gewaltmethoden, eine Art Guerillakrieg gegen die englische Polizei und die in jüngster Zeit verstärkte englische Besatzungsarmee. Die terroristischen Methoden, deren sich die Sinnfeiner dabei bedienen, führen zu immer neuen und immer blutigeren Unruhen. Sinnfein will um jeden Preis England von der Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Lage Irlands überzeugen. Irland, in dem die Dienstpflicht nicht durchgeführt wurde, dessen Landwirtschaft ungeheuer verdorrt hat, das seine Kinder heute ernähren kann, trotzdem die Auswanderung, Jahre gestocht hat, soll doch ein Bild verzeufter und zerföhrender Unzufriedenheit bieten, bis der englische Wille gebrochen und Irland eine freie Republik ist. Es vergeht kaum ein Tag, ohne daß eine Grenzlat verdöh wird. Verraubungen, um den Aktionsfonds zu stärken oder um Aktien zu ergattern, aber auch blanke Morde auf der Straße. Am unsichersten ist es in Cork und Dublin. Aber im ganzen übrigen Land werden die Helnde Sinnfeins aufgeföhrt und niedergeschossen. Man holt sie nötigenfalls aus den Häusern.

Durch das Hinabergleiten in den bürgerkriegsähnlichen Zustand und durch die Verflanzung des Kampfes auf englischem Boden ist die jahrelang ersehnte britisch-irische Todfeindschaft reif zum endgültigen Austrag geworden. Gewalt steht gegen Gewalt, Leben gegen Leben. Wer wird unterliegen? Darüber kann eigentlich kein Zweifel bestehen. Was der Beobachter von weitem sieht, ist nur dies: daß Irland mit dem Kopf gegen eine Wand anrennt. Der sinnlose Kampf wird noch eine Zeitlang weitergehen — bis Irland erschöpft sein wird. England kann ihn aushalten. Denn so wahr es ist, was Lloyd George verriet, daß England den Weltkrieg verloren hätte, wenn Irland frei gewesen wäre, so unbestreitbar bleibt, daß der britische Stoker mit seinen frei gewordenen Händen dem kleinen Irland in einem Hand den Hals umdrehen kann, was allerdings wieder mancherlei unangenehme Folgen für England haben dürfte.

Kleine politische Meldungen.

Der neue 10-Milliarden-Kredit. Das Reichsfinanzministerium bereitet einen neuen Nachtragsgesetz in Höhe von 10 Milliarden vor, über dessen Verwertung noch Verhandlungen gepflogen werden. Die Vorlage ist erst auf dem Wege zum Reichstag. Als vom Reichsministerium verlautet, wird der Kredit nur zu einem Teil zum Verkauf von Lebensmitteln verwendet werden. Was die Dämgemittel betrifft, so soll ein Teil vom Ausland gekauft werden, zum Teil sollen die Inlandpreise durch teilweise Uebernahme der Kosten auf Reichsmittel für die Landwirtschaft verbilligt werden.

Schaffung eines Arbeitsgerichts? Wie verlautet, bereitet die Reichsregierung ein Arbeitsgerichts-Gesetz vor, das für alle Kreise der Arbeitnehmerschaft, für Angestellte, Landwirtschaftliche, technische, künstlerische und wissenschaftliche Angestellte als auch für das Hauspersonal umfassende Arbeitsgerichte in den Gerichten des untersten Verwaltungsgrades schaffen will. Das Gesetz steht im Entwurf vor dem Abschluß und soll im nächsten Jahr im Reichstage eingebracht werden.